

Führung ausgerechnet die Deutsche Demokratische Republik auf Hoheitsrechte verzichten soll, die ihr die westdeutsche Regierung der Revanchepolitiker streitig zu machen versucht. Wir meinen, wenn jemand auf etwas Verzicht leisten soll, dann ist es die westdeutsche Bundesregierung, die zuallererst auf ihre Alleinvertretungsanmaßung verzichten muß. Dabei würde sie auf ein „Recht“ verzichten, das sie nicht einmal besitzt, das nur eingebildet und nicht existent ist. Das wäre also - genau gesagt - kein Opfer und auch keine Einbuße an Hoheitsrechten. Aber damit würde eine Atmosphäre geschaffen, in der die Verständigung über andere Fragen leichter gedeihen könnte. Nehmen wir ein Beispiel:

Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hatte seinerzeit die Initiative ergriffen, damit Verhandlungen zwischen Vertretern der Regierung der DDR und des Senats von Westberlin über ein Passierscheinabkommen zustande kommen. »

Diese Initiative der SED hat auch internationale Würdigung gefunden. Leider haben die sozialdemokratische Führung und der Senat von Westberlin weitergehenden Abkommen den Weg versperrt, indem sie nämlich solche Vereinbarungen nur abschließen wollten, wenn die Deutsche Demokratische Republik sich selbst verleugnet und auf die ihr völkerrechtlich und staatsrechtlich zustehenden Rechte einschließlich der offiziellen Bezeichnungen verzichtet. Niemand kann von uns verlangen, daß wir Verträge über weitere Erleichterungen abschließen und dabei den ehrlichen und guten Namen unseres Staates „Deutsche Demokratische Republik“ und der ihn repräsentierenden Regierung verleugnen. Sollen unsere Vertragspartner Zusehen, wie sie sich aus den selbstangelegten Fesseln der Bonner Alleinvertretungsanmaßung befreien. Wir machen dieses unwürdige Theater nicht mit.

Wir fragen uns, wohin es führen sollte, wenn *wir* uns jetzt etwa - unter Inanspruchnahme des selbstverständlichen Rechts auf Gegenseitigkeit - ebenfalls darauf versteifen wollten, den Westberliner Senat nicht mit seiner offiziellen Bezeichnung zu benennen und zum Beispiel darauf bestünden, nur von Verwaltungsbehörden des Westberliner Besatzungsgebietes der USA, Großbritanniens und Frankreichs zu sprechen. Oder wenn wir in Verträgen und Abmachungen mit Bonn an Stelle der Bezeichnung Bundesrepublik die Anwendung irgendwelcher abwertender Formulierungen verlangen.

Wenn der Senat von Westberlin und die Regierung in Bonn wie Vogel